



Zeitschrift der Bundes-Arbeitsgemeinschaft
der Kommunalen IT-Dienstleister e. V.

VITAKO AKTUELL

vitako.de

04|2025



DIGITALE SOUVERÄNITÄT

JETZT HANDELN!

VITAKO

JUBILÄUM MIT DR. KARSTEN WILDBERGER

CLAUDIA PLATTNER, BSI

WENN HERSTELLER UNERWÜNSCHT
EINFLUSS NEHMEN

DR. MARKUS RICHTER, BMDS

DIGITALE VERWALTUNG IM WANDEL



Souverän in die digitale Zukunft.

Digitale Souveränität bezeichnet die Fähigkeit, jederzeit technologisch selbstbestimmt Entscheidungen treffen zu können und die Kontrolle über eigene Systeme und Daten zu behalten. Kommunale IT braucht zukunftsfähige Lösungen, die Transparenz, Sicherheit und echte Handlungsoptionen bieten.



Mehr Infos

Mit dem „**Bechtle Index of Sovereignty**“ analysieren wir strukturiert Ihren Reifegrad digitaler Souveränität und leiten anhand der Ergebnisse konkrete Handlungsempfehlungen ab. So unterstützen wir Sie dabei, kommunale IT-Architekturen dauerhaft souverän und resilient zu gestalten.

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Digitale Souveränität ist keine Option. Sie ist für Deutschland und Europa eine Notwendigkeit. Die Staaten können es sich nicht leisten, von anderen Mächten abhängig oder gar erpressbar zu sein. Umso bedenklicher: Laut aktueller Umfrage erkennen die kommunalen IT-Dienstleister insbesondere bei Soft- und Hardwareprodukten eine hohe Abhängigkeit.

Mit dieser VITAKO aktuell wollen wir einen Debattenbeitrag leisten. Claudia Plattner, Präsidentin des BSI, richtet an die Kommunen einen klaren Appell: Es gelte, intensiv zu kooperieren und Synergien zu heben. In der Reportage beleuchten wir Open Source als wichtigen Baustein für mehr Digitale Souveränität und lassen unter anderem Annette Berger, Amtsleiterin in der Stadt Köln, und Leonhard Kugler, Plattformleiter beim ZenDiS, zu Wort kommen. Zudem zeigt Lars Hoppmann, geschäftsführender Vorstand von VITAKO, im Leitartikel die Perspektiven der kommunalen IT-Dienstleister auf – und fordert vom Bund, eine Masterstrategie Digitale Souveränität zu erarbeiten.

Ich bin zuversichtlich, dass die aktuelle Bundesregierung das Thema angemessen priorisiert. Das hat auch Dr. Karsten Wildberger, Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, auf der Festveranstaltung zum 20-jährigen VITAKO Jubiläum im November klar bestätigt. Wir freuen uns, das Thema jetzt mit der gebotenen Geschwindigkeit und Ernsthaftigkeit gemeinsam anzugehen.

Stichwort Jubiläum: Seit zwei Jahrzehnten setzt VITAKO Impulse, die wirken. Mit Initiativen wie ProVitako und der govdigital entlasten unsere Mitglieder die öffentlichen Haushalte spürbar. Sie gestalten zukunftsweisende Projekte wie die Deutsche Verwaltungscloud und bringen sich in zentralen Gremien wie dem Standardisierungsboard ein. Ich denke, dass man gut daran tut, an Jubiläen auf das Erreichte zu schauen. Auch und gerade, wenn die täglichen Herausforderungen erheblich sind und es noch viel zu tun gibt.

In diesem Sinne: Lassen Sie uns gemeinsam die digitale Zukunft gestalten, lassen Sie uns gemeinsam MACHEN!

Anregende Lektüre wünscht

Ihr



**Sören Kuhn ist
Vorstandsvorsitzender
bei VITAKO.**

SCHWERPUNKT: DIGITALE SOUVERÄNITÄT

6 LEITARTIKEL

EUROPA MUSS HANDELN. JETZT.

Produkte internationaler Anbieter galten lange Zeit als zuverlässige Option – doch spätestens seit Amtsantritt des US-Präsidenten Donald Trump steht fest: Europa muss sich aus der Abhängigkeit lösen. Wie das gelingt, zeigt Lars Hoppmann im Leitartikel.

8 GASTBEITRAG

CYBER DOMINANCE: WENN HERSTELLER UNERWÜNSCHT EINFLUSS NEHMEN

Internationale Hersteller können nach dem Kauf eines Produkts Zugriff auf Systeme behalten und so Macht ausüben. Warum ein vollständiger Verzicht dennoch nicht möglich ist und was stattdessen zu tun ist, erörtert BSI-Präsidentin Claudia Plattner.

13 REPORTAGE

OPEN SOURCE: AUF DEM WEG ZU DIGITALER SOUVERÄNITÄT

Open Source ist ein wichtiger Baustein, um öffentliche Verwaltungen unabhängiger zu machen. Drei Expertinnen und Experten geben Einblicke, wie die Technologie in Verwaltungen genutzt wird, welche Chancen sie bietet und wo die Grenzen liegen.

20 JAHRE VITAKO

21 BUNDESMINISTER WILDBERGER

„DER AUSTAUSCH IST ÜBERFÄLLIG!“

Zur Jubiläumsfeier Anfang November durfte VITAKO Bundesminister Dr. Karsten Wildberger im Berliner Meistersaal begrüßen. Seine zentrale Botschaft: Kommunale IT-Dienstleister wissen, wie Verwaltungen ticken – nur mit ihnen kann digitale Verwaltung gelingen.

22 GASTBEITRAG

DIE VERWALTUNG IM WANDEL

Wie kann die Digitalisierung der Verwaltung endlich das nötige Tempo aufnehmen? Indem Bund, Länder und Kommunen eine noch stärkere Zusammenarbeit forcieren, appelliert Dr. Markus Richter, Staatssekretär im BMDS, in seinem Gastbeitrag.

25 UMFRAGE

PERSPEKTIVEN DER MITGLIEDER

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums hat VITAKO erstmals eine umfassende Mitgliederbefragung durchgeführt. Was uns besonders freut: 98 Prozent der Befragten bewerten unsere Arbeit gegenüber Mitgliedern als [sehr] gut.

8



21



28 GOVDIGITAL

BENCHMARKING: WIEDERAUFNAHME EINES BEWÄHRTEN INSTRUMENTS

IT-Benchmarking ermöglicht Vergleichbarkeit und Austausch zwischen öffentlichen IT-Dienstleistern. Die govdigital startete im September einen neuen Benchmarking-Prozess – der Einstieg ist noch möglich.

29 EURITAS

SUMMIT 2025

14 Mitglieder aus 11 europäischen Ländern kommen jährlich auf dem Euritas Summit in Brüssel zusammen. Dieses Jahr im Fokus: die Themen Resilienz und KI.

30 PROVITAKO

KOMPLETTER ITK-BEDARF AUS EINER HAND

Die ProVitako gestaltet die öffentliche Beschaffung für ihre Mitglieder effizient und kostengünstig. Seit November 2025 stehen den Mitgliedern nun auch mehr als eine Million ITK-Randbedarfsartikel zur Verfügung.

31 SPOTLIGHTS

VITAKO auf der SCCON 2025

32 UMFRAGE

Die Relevanz von digital souveränen Lösungen hat in den letzten fünf Jahren deutlich zugenommen, doch die Umsetzung steht aktuell noch am Anfang – so die Einschätzung der kommunalen IT-Dienstleister.

34 TERMINE





EUROPA MUSS HANDELN. JETZT.

Paukenschlag Ende Oktober: Der Internationale Strafgerichtshof will sich von Microsoft lossagen. Der Grund? Angst, dass das US-Unternehmen auf Geheiß aus Washington Dienstleistungen einstellt, Mail- und Datenzugänge sperrt und so die Arbeitsfähigkeit des Strafgerichtshofes torpediert. Als VITAKO Mann, aber auch und vor allem als deutscher Staatsbürger sage ich zum Plan des Strafgerichtshofes: Richtig so!

Mehr als 80 Prozent seiner digitalen Technologien importiert Europa derzeit aus dem Ausland, insbesondere aus den USA. Über Jahrzehnte war das kein großes Problem, im Gegenteil: Die internationalen Anbieter stellten zuverlässig hochwertige Produkte und Services zur Verfügung, Schwachstellen wurden rasch gefixt, und preislich waren die Produkte auch im Rahmen.

Doch seit einigen Jahren wendet sich das Blatt. Die Hyperscaler haben ihre Dienste sukzessive auf teure Lizenzmodelle umgestellt, die Ausgaben steigen seitdem Jahr für Jahr – im Bund etwa allein von 53 Millionen Euro im Jahr 2023 auf gut 160 Millionen Euro 2024. Zugleich zwingen die US-Anbieter Nutzerinnen und Nutzer zunehmend in ihre Clouds, Kontrolle über die eigenen Daten ist kaum noch möglich. Für Verwaltungen ein nicht gangbares Modell. Und spätestens seit dem Regierungsantritt von Donald Trump kommen nun noch massive geopolitische Unsicherheiten hinzu – im Worst Case droht die Handlungsunfähigkeit von Verwaltungen.

HANDELN, BEVOR ES ZU SPÄT IST

Klar ist: Europa muss sich aus dieser Abhängigkeit lösen, und zwar in allen Bereichen, die zu einer funktionierenden IT gehören – von Software über Cloud- und KI-Technologien bis hin zur Chip-Herstellung. Zugegebenermaßen eine Mammutaufgabe, die sicherlich nicht über Nacht gelingt. Und sicher müssen wir priorisieren, an welchen Stellen zwingend eine Angebotsvielfalt notwendig ist – und wo eine Lösung gemeinsam mit den Hyperscalern gefunden werden kann und sollte.

84%

der VITAKO Mitglieder sagen: „Bund, Länder und Kommunen sollten mit hoher/höchster Priorität eine langfristige Strategie für Digitale Souveränität entwickeln.“

Wir bei VITAKO fordern daher von der Bundesregierung eine umfassende Masterstrategie Digitale Souveränität, die bis Ende der Legislatur klare Maßnahmen definiert. Kernthemen:

- **Öffentliche Cloud-Infrastrukturen bereitstellen:** Die Cloud gilt als zentrale Technologie für die IT-Modernisierung. Doch wer Daten auslagert, gibt zugleich Kontrolle ab. Europa ist potenziell verletzlich, denn drei Viertel der hier genutzten Cloud-Services stammen aus den USA. Um diese gefährliche Abhängigkeit aufzulösen, muss Europa eigene Strukturen entwickeln. Ein erster Schritt ist die Deutsche Verwaltungscld, die seit März 2025 bereits erste Dienste zur Verfügung stellt. Auch VITAKO Mitglieder wirken mit. Sie muss zwingend weiterentwickelt werden. Parallel muss der Aufbau deutscher und europäischer Cloud-Anbieter gefördert werden.

Bedeutung wächst

„Die Relevanz von digital souveränen Lösungen für Kommunen hat in den letzten fünf Jahren ...“

... deutlich
zugenommen

++

57 %

... leicht
zugenommen

+

27 %

... ist gleich
geblieben

=

16 %

Quelle: VITAKO Mitgliederbefragung, September/Oktober 2025

- **Open Source fördern:** Offene Software nutzt frei verfügbaren Code, der gemeinsam weiterentwickelt wird – und kann damit Alternativen zu den Angeboten der Hyperscaler bereitstellen. Erste Entwicklungen gibt es bereits. Etwa die Office-Anwendung openDesk des ZenDiS. Mit openCode hat das Zentrum zudem eine Plattform geschaffen, auf der sich Entwicklerinnen und Entwickler von offener Software speziell im Verwaltungsbereich austauschen können. Auch die VITAKO Mitglieder sind aktiv und entwickeln Fachanwendungen basierend auf offenem Code. Diese Initiativen müssen vom Bund noch stärker gefördert werden, etwa im Rahmen von Förderprogrammen oder indem Open Source in Ausschreibungen bevorzugt behandelt wird.
- **Anbieterwechsel vereinfachen:** Der Wechsel auf einen neuen Cloud- oder SaaS-Anbieter ist bislang mit hohem Aufwand verbunden. Sogenannte Lock-in-Effekte – beispielsweise unverhältnismäßig hohe Kosten oder technische Barrieren – führen oft dazu, dass ein Wechsel praktisch unmöglich ist. Der seit September 2025 geltende EU Data Act sollte das ändern, doch in der Praxis tut sich bislang wenig. Was es braucht, sind grundlegende Datenstandards und offene Schnittstellen, die für alle Produkte – egal ob Open Source oder proprietärer Anbieter – verbindlich sind.
- **Europäische Hardware entwickeln:** Egal ob Servertechnologie oder Hochleistungschips – Europa spielt in keinem Hardware-Bereich eine bedeutende Rolle. Auch das 43 Milliarden Euro schwere Maßnahmenpaket zum Europäischen Chip-Gesetz von 2023 hat bislang zu keinen spürbaren Veränderungen geführt. Der Handlungsdruck ist da, Europa muss dringend aufholen. Wichtigste Maßnahmen: Produktionskapazitäten in Europa ausbauen, EU-Hersteller gezielt fördern, Grundlagenforschung zur Chip-Herstellung initiieren.

WIR KÖNNEN ES!

Europa hat sich in Sachen IT viel zu lange auf den komfortablen und scheinbar sicheren Angeboten vor allem aus den USA ausgeruht, das kann man nicht anders sagen. Ich bin mir aber auch sicher: Europa hat die Energie und das Know-how, um in den nächsten Jahren eine echte Trendwende zu schaffen. Zahlreiche Projekte – von Gaia-X über openDesk und openCode bis hin zur Industriestrategie EuroStack – zeugen davon. Jetzt gilt es, die vielen Projekte sinnvoll zu koordinieren, um unsere Kräfte zu bündeln und Synergien zu nutzen. Der erste Gipfel Digitale Souveränität der Regierungschefs Merz und Macron im November war dahingehend ein wichtiger Meilenstein.

Abschließend nochmal zum eingangs erwähnten Strafgerichtshof: Die Institution erwägt, bei der Arbeitsplatzsoftware künftig auf openDesk statt MS Office zu setzen. Das zeigt: IT made in Germany steht als Alternative bereit. Ein Fokus auf Digitale Souveränität kann sich zum Booster für hiesige Unternehmen und Start-ups entwickeln und auf Wohlstand und Beschäftigung einzahlen.



Lars Hoppmann ist
geschäftsführender
Vorstand von
VITAKO.

CYBER DOMINANCE: WENN HERSTELLER UNERWÜNSCHT EINFLUSS NEHMEN

Mit Blick auf den Schutz unseres Wohlstands und unserer Werte kommt Cybersicherheit eine zentrale Bedeutung zu. Technologie prägt unser Miteinander in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Digitalisierung entscheidet über Erfolg und Misserfolg, und mit der Digitalisierung wächst unsere Angriffsfläche. Angreifbar werden dadurch nicht nur IT-Systeme, sondern die staatliche Funktionsfähigkeit insgesamt, unser gesellschaftlicher Zusammenhalt und schließlich jedes Individuum. Die Bedrohungslage im Cyberraum bleibt besorgniserregend und wandelt sich stetig: Neben Cyber Crime und staatlich gelenkten Angriffen rückt vermehrt Cyber Dominance in den Fokus.

UNSICHTBARE ABHÄNGIGKEIT IM DIGITALEN ALLTAG

Unter Cyber Dominance verstehen wir die Fähigkeit von Herstellern digitaler Produkte, auch nach dem Kauf dauerhaft Zugriff auf Systeme und Informationen ihrer Kunden zu behalten. Dies gilt zum Beispiel mit Blick auf Smartphones, Betriebssysteme oder Smart-Home-Lösungen – also digitale Produkte, die wir Tag für Tag verwenden. Diese erfassen ununterbrochen Daten über unser Nutzungsverhalten. Zudem haben Hersteller die Kontrolle über die zur Verfügung gestellten Updates. Zwar sind diese notwendig, um Sicherheitslücken zu schließen und potenziellen Cyberangriffen vorzubeugen, jedoch ist es theoretisch auch möglich, ein Gerät ohne Zustimmung des Nutzenden funktionsunfähig zu machen.

„Mit Blick auf die Herausforderungen, vor denen Kommunen stehen, lautet mein Appell: Kooperation gewinnt!“

Claudia Plattner

Cyber Dominance ist auf den ersten Blick keine offensive Cyberbedrohung. Vielmehr charakterisiert diese eine strukturelle Machtposition: Big Tech kann Einfluss auf die digitalen Handlungsspielräume anderer nehmen, was Machtverhältnisse in politischen und wirtschaftlichen Kontexten dauerhaft verschieben kann. Gleichzeitig ist es keine Option, sich der Digitalisierung zu entziehen: Um im internationalen Vergleich eine führende Position einzunehmen, müssen deutsche Unternehmen und ins-

besondere die Verwaltung Digitalisierung schnell vorantreiben und mit Innovationen Schritt halten. In diesem Zusammenhang ist Digitale Souveränität, also die Fähigkeiten und Möglichkeiten von Individuen und Institutionen, ihre Rolle(n) in der digitalen Welt selbstständig, selbstbestimmt und sicher ausüben zu können, unverzichtbar.

EINFLUSS VON DRITTSTAATENTECHNOLOGIEN

Eine Vielzahl an notwendigen digitalen Schlüsseltechnologien und Innovationen entstehen jedoch außerhalb der EU und machen Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft abhängig von Systemen, für die der deutsche oder europäische Rechtsrahmen keine Geltung hat. So besteht die Gefahr, dass Akteure außerhalb der EU auf in Deutschland und der EU eingesetzte Systeme Einfluss nehmen und Daten von diesen Systemen außerhalb der EU abfließen.



Claudia Plattner ist
Präsidentin des Bundesamtes
für Sicherheit in der
Informationstechnik.



Insbesondere kommunale Institutionen stehen hier vor besonderen Herausforderungen: Ihnen fehlt es häufig an Geld, Personal sowie an methodischer und technischer Expertise, um entsprechende Abhängigkeiten zu minimieren. Das bedeutet konkret: Wenn Big-Tech-Unternehmen gravierende Änderungen an ihren digitalen Lösungen vornehmen, bleibt zuweilen wenig Handlungsspielraum. Doch nicht nur die staatliche Verwaltung ist von dieser Abhängigkeit betroffen, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger, deren persönliche und dienstliche Daten zum Beispiel in Cloudsystemen dieser Anbieter gespeichert werden.

Man könnte meinen, ausschließlich auf deutsche oder EU-Produkte zu setzen wäre die Lösung für dieses Problem. Es wäre jedoch nicht umsetzbar, kurzfristig alle relevanten digitalen Lösungen lokal zu entwickeln und bereitzustellen: In diesen stecken jahrelange Entwicklungstätigkeiten und Investitionen in mehrstelliger Milliardenhöhe. Ebenso hätte es für Wirtschaft und Verwaltung in Deutschland gravierende Folgen, sich von globaler Innovation abrupt und unvorbereitet abzuwenden.

DOPPELSTRATEGIE ALS LÖSUNG FÜR DIGITALE SOUVERÄNITÄT

Das heißt aber nicht, dass wir als BSI die Digitale Souveränität Europas für unerreichbar halten. Um sie zu gewährleisten, verfolgen wir eine Doppelstrategie.

1. Der EU-Markt und die eigene Digitalindustrie müssen gestärkt und konkurrenzfähig werden. Hierfür braucht es gezieltes Engagement in strategisch festgelegten Technolo-

giefeldern und einen systematischen Technologietransfer aus exzellenter Forschung in skalierende Produkte im Markt – national, europaweit und international.

2. Außereuropäische Produkte müssen technisch so angepasst oder eingebettet werden, dass ein sicherer und selbstbestimmter Einsatz möglich wird. Ziel ist es, eine unkontrollierte technische Steuerung durch Akteure außerhalb der EU sowie Datenabfluss technisch unmöglich zu machen. Möglich wird das durch souveräne Kontrollschichten (Control Layer), über die digitale Produkte und Services autonom und exklusiv gesteuert und vor Datenabfluss geschützt werden.

Als Cybersicherheitsbehörde für Deutschland stehen wir in kontinuierlichem Austausch mit Herstellern und Open-Source-Communities, um die Anforderungslage und Lösungen mit geringen Abhängigkeiten und einem hohen Schutzniveau für den Einsatz in der Breite zu identifizieren.

Mit Blick auf die Herausforderungen, vor denen Kommunen stehen, lautet mein Appell: Kooperation gewinnt! Informationssicherheit kann nur mit starken internen und externen Partnern gelingen. Städten und Gemeinden empfehle ich dringend, Synergien zu bilden und Aufgaben im Schulterschluss dorthin zu verlagern, wo es Ressourcen und Kompetenzen für mehr Cybersicherheit gibt. Gelingen kann das durch gezielte Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit, Anschluss an einen Zweckverband oder auch die Beauftragung externer IT-Dienstleister.



SICHERHEIT LEICHT GEMACHT: SECURITY-LÖSUNGEN ÜBER DEN PROVITAKO-RAHMENVERTRAG

Die digitale Transformation eröffnet der öffentlichen Verwaltung neue Chancen für bürgernahe, schnelle und transparente Services. Gleichzeitig steigen jedoch Komplexität und Anforderungen an IT-Sicherheit und Verfügbarkeit – bei oft knapp besetzten IT-Abteilungen. Cyberangriffe nehmen zu, Netzwerke müssen segmentiert, Daten zuverlässig geschützt und hybride Strukturen aus Rechenzentren und Cloud sicher verbunden werden. Ohne leistungsfähige Sicherheitslösungen und erfahrene Partner lassen sich diese Aufgaben kaum bewältigen.

Um die Beschaffung zu erleichtern, hat die Einkaufsgenossenschaft ProVitako einen bundesweiten Rahmenvertrag geschlossen. Er bündelt die IT-Beschaffung für Kommunen und sorgt für einheitliche Konditionen, von denen vor allem kleine bis mittelgroße Verwaltungseinrichtungen profitieren. Bezugsberechtigt sind Kommunen aus Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Bis 2028 stehen ihnen Sicherheitslösungen von Fortinet sowie die Beratungsleistungen von Computacenter zur Verfügung.



Damian Kostka arbeitet seit 2010 in der IT-Sicherheit und hat seither zahlreiche Unternehmen bei der Absicherung ihrer digitalen Infrastruktur begleitet. Als Lead Consultant bei Computacenter versteht er sich als „Trusted Advisor“ seiner Kunden: Er übersetzt komplexe Sicherheitsanforderungen in praxistaugliche Lösungen.

FORTINET-LÖSUNGEN IM ÜBERBLICK

Mit FortiGate wird Netzwerksicherheit zur starken Verteidigungslinie gegen moderne Bedrohungen. Durch die Integration in die Fortinet Security Fabric bietet FortiGate eine ganzheitliche Sicherheitsarchitektur, die eine lückenlose Abwehr gegen interne und externe Bedrohungen gewährleistet. Mit Zero-Trust, Segmentierung und Echtzeit-Bedrohungsentelligenz schützt die Lösung zuverlässig kritische Assets und sensible Daten.

Fortinet Secure SD-WAN vereint Sicherheit mit hoher Netzwerkleistung. SD-WAN ermöglicht eine flexible und effiziente Vernetzung über verschiedene Verbindungstypen. Die Lösung ist direkt in FortiGate integriert, spart Kosten und reduziert Komplexität, da keine zusätzliche Hardware oder separate Lizenzen erforderlich sind.

Mit FortiSwitch und FortiAP lässt sich ein einheitliches Netzwerk- und Sicherheitskonzept realisieren: FortiSwitch bietet eine flexible Switching-Lösung, während FortiAP einen drahtlosen Zugriff mit hoher Zuverlässigkeit gewährleistet. Beide Produkte werden nahtlos in die Fortinet Security Fabric integriert.

FortiProxy bietet als sicheres Web-Gateway modernen Schutz vor Malware und Bedrohungen. Mit umfassender Webfilterung, Zugriffskontrolle und detaillierter Datenanalyse unterstützt es Behörden beim Einhalten von Compliance-Anforderungen.



„Der Rahmenvertrag macht IT-Sicherheit für Behörden einfacher, günstiger und schneller verfügbar – und wir sorgen dafür, dass sie zuverlässig funktioniert.“

Flavienné Makamte Kana
Account Manager Security, Computacenter



BREITES SICHERHEITSPORTFOLIO AUS EINER HAND

Über den Rahmenvertrag können Organisationen IT-Produkte aus dem Fortinet-Portfolio beziehen, die schnell einsatzbereit und einfach zu bedienen sind. Die Lösungen reduzieren die Komplexität im Betrieb, senken Kosten und sorgen durch ihre Zukunftssicherheit für langfristige Flexibilität – ob On-Premises, in der Cloud oder in hybriden Szenarien.

Die Produkte von Fortinet entfalten ihren vollen Mehrwert erst in Verbindung mit der richtigen Beratung, einer nahtlosen Implementierung und einem reibungslosen Betrieb. Computacenter arbeitet seit vielen Jahren eng mit Fortinet zusammen und ist als Expert Partner zertifiziert. Unsere Spezialisten verfügen über umfangreiche Expertise in unterschiedlichen Zertifizierungssträngen, die sie gezielt in Projekte der öffentlichen Hand einbringen.

Darüber hinaus bieten wir eine maßgeschneiderte Implementierung der Fortinet-Plattform, die sich nahtlos in bestehenden IT-Infrastrukturen integriert. Unsere Spezialteams analysieren die spezifischen Anforderungen an Netzwerkleistung sowie Sicherheit und entwickeln eine individuelle Strategie, um FortiGate mit allen Secure-SD-WAN-Funktionen optimal einzubinden. Anschließend übernehmen unsere zertifizierten Engineers Installation und Konfiguration und stellen sicher, dass sämtliche Netzwerk- und Sicherheitsrichtlinien berücksichtigt wurden – koordiniert, effizient und mit minimaler Unterbrechung der Betriebsabläufe. Wir kennen die Herausforderungen an kritischen Schnittstellen in IT-Infrastrukturen und sorgen für eine reibungslose Umsetzung, selbst in komplexen Umgebungen.

DIE VORTEILE DES RAHMENVERTRAGS AUF EINEN BLICK

- **Attraktive Konditionen:**
Deutlich günstigere Preise als bei Einzelbeschaffung
- **Reduzierte Komplexität:**
Zentrale Beschaffung über eine Plattform statt viele Einzel-Ausschreibungen
- **Langfristige Planungssicherheit:**
Vertragslaufzeit bis 2028

Begleitend sorgen wir für praxisnahe Hands-on-Einweisungen direkt am System und beraten zu offiziellen Fortinet-Schulungen. Bei Bedarf organisieren wir komplette Trainingspakete, damit IT-Teams das volle Potenzial der Lösungen ausschöpfen können. Alle Leistungen sind modular aufgebaut – von der unverbindlichen Erstberatung über Sizing und Implementierung bis hin zur End-to-End-Begleitung im laufenden Betrieb. So erhalten Behörden genau die Unterstützung, die sie benötigen, ohne an starre Pakete gebunden zu sein.

STARKE PARTNER FÜR DEN PUBLIC SECTOR

Mit dem ProVitako-Rahmenvertrag erhalten Kommunen Zugang zu modernen Fortinet-Sicherheitslösungen und Unterstützung eines Partners, der die öffentliche Hand seit Jahrzehnten kennt. Computacenter verfügt über mehr als 30 Jahre Erfahrung im Public Sector, arbeitet mit rund 260 Security-Experten für Bund, Länder, Kommunen, Sicherheitsbehörden sowie Bildung und wird von über 7.000 Mitarbeitenden an 21 Standorten in Deutschland unterstützt. Wir verstehen die spezifischen Herausforderungen, beraten individuell und begleiten Behörden vom ersten Gespräch bis zum sicheren Produktivbetrieb.



An Ihrer Seite für eine
innovative Verwaltung

OPEN SOURCE

AUF DEM WEG ZU DIGITALER SOUVERÄNITÄT

Open Source ist ein wichtiger Baustein, um öffentliche Verwaltungen unabhängiger von marktbeherrschenden Software-Anbietern zu machen. Die Anwendungen – die auf frei zugänglichem Code basieren und gemeinschaftlich in entsprechenden Communities weiterentwickelt werden – sind damit auch ein Treiber von Digitaler Souveränität. Drei Expertinnen und Experten geben einen Einblick, inwiefern Open Source in Verwaltungen bereits genutzt wird, welche Chancen die Technologie bietet – und wo Grenzen liegen.

BUNDESAUSGABEN FÜR SOFTWARELIZENZEN IN EINEM JAHR VERDREIFACHT:

2023

53,3 Mio. €

2024

160,2 Mio. €



Tim Schlotfeldt ist ein Fan von Open Source. Der 58-Jährige hat den Großteil seines Lebens in der IT-Branche gearbeitet, in wechselnden Positionen, in Unternehmen, in Verwaltungen. Vor gut vier Jahren ist er zum IT-Dienstleister Dataport gewechselt. „Ich wollte nur noch mit Open Source arbeiten“, sagt er. „Dataport hat mir dafür eine Chance eröffnet. Mir war aber auch klar, dass das Thema in Verwaltungen nicht mit einem Fingerschnippen umzusetzen ist.“

Bei Dataport ist Tim Schlotfeldt Product Manager Open Source im eigens für das Thema gegründeten „Open Source Competence Center“. Mit dem Zentrum investiert der IT-Dienstleister langfristig in die Technologie, mittlerweile arbeiten sieben Personen ausschließlich dort. Tim Schlotfeldt erklärt die Hintergründe: „Wir mussten in den letzten Jahren schmerzhaft spüren, wie abhängig wir von proprietären Anbietern wie Microsoft sind. Open Source kann uns Alternativen eröffnen.“

Mit dieser Ansicht ist er nicht allein: In einer Umfrage unter den VITAKO Mitgliedern nennen 27 Prozent der Befragten Open Source als wichtigste Maßnahme für mehr Digitale Souveränität – das Thema rangiert damit an zweiter Stelle knapp hinter der Deutschen Verwaltungscloud.

ENTWICKELN, AUSTAUSCHEN, VORANKOMMEN

Open Source, darunter versteht man Software, deren Code öffentlich zur Verfügung steht. Andere können den Quelltext einsehen, ihn für eigene Anwendungen nutzen, verändern, gemeinsam weiterentwickeln. Die Ursprünge reichen bis in die 1960er und 1970er Jahre zurück, als Hackergruppen ihre Codes teilen und gemeinsam programmieren. In den 1980er Jahren entwickelt sich das Thema als Gegenbewegung zur zunehmenden Kommerzialisierung von Software weiter. Unter dem Credo „Free Software“ argumentieren die Vertreter, Software solle – ähnlich wie etwa die „freie Rede“ – als Grundrecht frei zugänglich sein

und nicht von einzelnen Anbietern kontrolliert werden. Die Verfechter sind damals noch eher eine Insider-Gruppe, man könnte auch sagen: Ein paar Nerds mit einer Mission.

In den 1990er Jahren entsteht schließlich der heute verwendete Begriff Open Source. Es sollen eher die praktischen Vorteile von offener Software in den Mittelpunkt gestellt werden – und weniger der Aspekt von freier Software. Das Thema kommt nun langsam in der breiteren Öffentlichkeit an, auch in den Verwaltungen. Als eine der ersten Kommunen in Deutschland nutzt etwa die süddeutsche Stadt Schwäbisch Hall ab 1997 freie Software, insbesondere Linux-Anwendungen. Wesentliches Ziel der Stadtverwaltung: Unabhängig werden von proprietären Office-Paketen, die schon damals immer größere Kosten nach sich ziehen.

Seitdem habe sich das Kostenproblem sukzessive verschärft, sagt Tim Schlotfeldt. Er führt aus: „Die globalen Hyperscaler haben in den letzten 15 Jahren nach und nach auf Abomodellen umgestellt, was zwingend laufende Kosten

nach sich zieht.“ Hinzu kommt: Da Alternativen fehlen, haben die Verwaltungen keine Verhandlungsmacht und müssen die Preise der Anbieter akzeptieren. „Friss oder stirb, das ist die Devise“, so Tim Schlotfeldt.

Dataport hat sich unter anderem mit dem Open Source Competence Center auf den Weg gemacht, Alternativen zu den marktbeherrschenden Anbietern voranzubringen. Auch erste Open-Source-Anwendungen hat der IT-Dienstleister bereits entwickelt und stellt sie über die Deutsche Verwaltungscloud anderen Kommunen zur Verfügung. So etwa die „dAbstimm-Box“, ein Tool ähnlich wie Doodle, mit dem sich gemeinsame Termine organisieren lassen. Oder das auf Open Source basierende „Masterportal“. An dem kommunalen Geoinformationssystem im Auftrag der Stadt Hamburg war Dataport beteiligt, mittlerweile wird es von über 50 Kommunen genutzt. Dort hat

27 %

DER VITAKO MITGLIEDER SEHEN
OPEN SOURCE ALS WICHTIGSTE
MASSNAHME FÜR DIGITALE
SOVERÄNITÄT



„Mit openDesk wollen wir die Abhängigkeit von MS Office deutlich reduzieren.“

Leonhard Kugler
Leiter der Plattform
openCode beim ZenDis

das System den amerikanischen Marktführer abgelöst, der zuvor quasi eine Monopolstellung innehatte.

TREIBER FÜR DIGITALE SOUVERÄNITÄT

Unabhängigkeit von globalen Anbietern, die Preise diktieren – das ist auch in den Augen von Leonhard Kugler eines der Ziele von Open Source. Er leitet beim Zentrum Digitale Souveränität (ZenDis) die Plattform openCode und setzt sich mit Nachdruck für das Thema ein. Ein weiterer wesentlicher Punkt aus seiner Sicht: Die Softwarelösungen der proprietären Anbieter seien ge-

zielt darauf ausgelegt, Nutzer in eine enge Bindung – um nicht zu sagen: Abhängigkeit – zu bringen. Beobachte man die Entwicklungen in den USA oder in China, könne das in ein paar Jahren zu einem existenziellen Problem werden. Schon heute ist am Beispiel Cloud zu sehen, welche Probleme dadurch entstehen: Zunehmend bieten die Hyperscaler ihre Produkte nur noch aus der Cloud heraus an. Sensible Daten liegen dann auf Servern weltweit, Datenschutzanforderungen der Verwaltung sind damit teils nicht gewährleistet. Für Verwaltungen nicht akzeptabel.

MISSION POSSIBLE

MICROSOFT 365 BERATUNG

Die ausgewogene Entscheidung

Prüfen Sie mit uns, ob der „All-in-one-Dienst“ Microsoft 365 zu Ihnen passt. Erfahren Sie in unseren Workshops, wie Sie die moderne Arbeitskultur in Ihre IT-Strategie einbinden. Interessiert? Dann fliegen wir Sie anschließend in die Cloud – und begleiten Sie auch nach der Landung.

vertrieb@regioit.de

www.regioit.de



MEHR ERFAHREN

regio it

„Angesichts der geopolitischen Entwicklungen sollten wir uns grundsätzlich fragen, ob wir Software – die unseren Infrastrukturen und Anwendungen zugrunde liegt – in aller Offenheit präsentieren wollen.“

Annette Berger

Leiterin Amt für Digitalisierung und Informationstechnik der Stadt Köln



Um öffentliche Verwaltungen aus dieser Abhängigkeit zu befreien, hat das BMI vor drei Jahren die Plattform openCode an den Start gebracht. Das ZenDiS verantwortet sie seitdem. Das Ziel: Einen zentralen Ort – im Fachjargon: Repository – zu schaffen, wo Fachleute aus der öffentlichen Verwaltung Open-Source-Software austauschen. Leonhard Kugler: „Wir haben gemerkt, dass es für Verwaltungen gar nicht so neu ist, in Open Source zu investieren. Nur haben wir es bis dato nicht geschafft, die Lösungen ausreichend in die Nachnutzung zu bringen.“ Inzwischen finden sich auf openCode über 3.000 Repositories, auf denen Verwaltung zusammenarbeitet oder Software bereitstellt. Jeden Monat kommen rund 200 dazu. Ein Beispiel ist der GA-Lotse des Gesundheitsamtes Frankfurt, über den beispielsweise interne Prozesse digital verwaltet oder Statistiken abgerufen werden können. Bürgerinnen und Bürger können online Termine etwa für die Einschulungsuntersuchung oder Impfberatung buchen und dabei wichtige Unterlagen vorab digital übermitteln. Die Software wird als offener Code bereitgestellt und mittlerweile von weiteren Gesundheitsämtern erprobt.

Ein weiteres Angebot ist openDesk. Die Open-Source-Lösung des ZenDiS versteht sich als digitalsoveräne Alternative zu den Office-Produkten von Microsoft. „96 Prozent der Arbeitsplätze in Verwaltungen nutzen MS Office“, so Leonhard Kugler. „Diese Abhängigkeit wollen wir mit openDesk reduzieren.“ Erste Erfolge gibt es, denn immer mehr Verwaltungen denken um. So setzt das baden-württembergische Kultusministerium seit September 2025 den Digitalen Arbeitsplatz für Lehrkräfte mit openDesk um. Auch das neu gegründete Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung testet die Office-Alternative. Und Medienberichten zufolge erwägt auch der Internationale Strafgerichtshof, auf das unabhängige Angebot zu wechseln – die Symbolwirkung wäre enorm.

STEINIGER WEG

Gleichwohl ist der Umstieg auf Open-Source-Lösungen wie openDesk für Verwaltungen komplex. Tim Schlotfeldt: „In der Realität tun sich Verwaltungen oft schwer, sich von Microsoft zu lösen. Das Level an Integration, das das MS-Ökosystem in den

letzten 40 Jahren geschaffen hat, mit zig Anwendungen, das ist mit unseren Lösungen vorerst nicht zu schaffen. Eine funktionale Parität zu erreichen sei sowohl für kommerzielle Anwendungen wie für Open-Source-Anwendungen nur schwerlich möglich.

Sprung nach Köln. Annette Berger leitet seit drei Jahren das Amt für Digitalisierung und Informationstechnik der Stadt Köln. Gut 500 Mitarbeitende zählt das Amt, es betreibt zwei eigene Rechenzentren und erbringt IT-Leistungen für die 22.000 Beschäftigten der Stadt Köln. Auch sie ist eine Anhängerin von Open Source, teilt den Gedanken von Transparenz und Offenheit. Schon vor Jahren hat Köln eine Bedarfsrichtlinie erlassen, der zufolge Open-Source-Lösungen in Vergaben nach Möglichkeit zu priorisieren sind. „Wir nutzen das viel, entwickeln auch eigene Lösungen, bringen uns in Projekte ein.“

Trotzdem sagt Annette Berger: Die viel beschworenen Vorteile von Open Source hätten sich in ihrem Arbeitsalltag gerade mit Blick auf Fachanwendungen nicht immer realisiert. So müsse man abwägen, wo Open Source wirtschaftlich Sinn mache, kommerzielle offene Software sei nicht unbedingt günstiger. Selbst, wenn der Code frei erhältlich ist, brauche es Personal oder Dienstleister, die Anpassungen vornehmen – und im Ernstfall Probleme oder Fehler beheben. „Auch das kostet.“ Schwierig findet sie auch die Verbindung von Open Source und Digitaler Souveränität. Natürlich müsse die öffentliche Verwaltung unabhängig von proprietären Anbietern werden und das rasch. Open Source eröffne dafür Chancen. „Aber man muss genau hinschauen.“ Sie berichtet etwa vom Fall eines Geoinformationssystems, das die Stadt von einem kleinen Anbieter auf Open-Source-Basis bezogen hatte. „Das lief so lange gut, bis ein Konkurrent das Unternehmen aufgekauft und anschließend den Support für das Produkt eingestellt hat.“

Hinzu kommt aus ihrer Sicht, dass offener Code verletzlich macht. Cyberkriminelle könnten den offenen Quelltext auslesen, Schwachstellen identifizieren und für ihre Zwecke ausnutzen. Besonders kritisch wird es, wenn Projekte nicht aktiv gepflegt werden oder Sicherheitslücken zwar bekannt sind, aber nicht

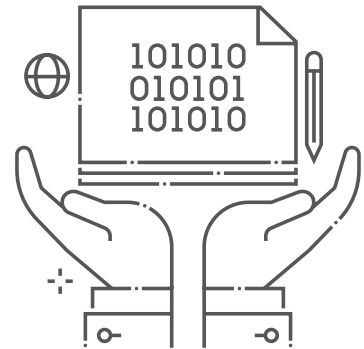
direkt geschlossen werden. Ein zusätzlicher Risikofaktor sei die weitverbreitete Nutzung von Open-Source-Komponenten in anderen Softwareprodukten. Viele Anwendungen enthalten Programmbibliotheken oder Module aus Open-Source-Projekten, ohne dass die Endnutzer dies wissen. Eine einzige verwundbare Bibliothek kann dadurch eine Vielzahl von Systemen betreffen. Kommunen und IT-Dienstleister müssen sich dieser Abhängigkeiten bewusst sein und ihre Softwarelieferketten regelmäßig prüfen. Diese Gefahren würden bislang nicht genügend diskutiert.

„Digitale Souveränität hat viele Dimensionen“, sagt sie. „Open Source ist sicher eine davon, aber es braucht eine ganzheitliche Strategie.“ Hier könnten gerade die kommunalen IT-Dienstleister eine beratende Rolle einnehmen, denn sie kennen die Bedürfnisse und Schwierigkeiten in den Kommunen aus erster Hand. Nicht ohne Grund hat VITAKO einen

Masterplan Digitale Souveränität vorgeschlagen, der neben Open Source auch Elemente wie souveräne Cloud-Infrastrukturen, einheitliche Standards und Schnittstellen sowie das oft vergessene Thema Hardware anspricht.

LOSLEGEN

Kommt man nochmal auf das Thema Strategie zurück, lohnt ein Blick nach Schleswig-Holstein. Das Bundesland hat sich mit seiner „Open Innovation und Open Source Strategie“ im vergangenen Jahr auf den steinigen Weg hin zu umfassender Nutzung von Open Source gemacht. Sukzessive sollen alle Software-Anwendungen der Landesverwaltung auf offene Produkte umgestellt werden – von der Dokumentenablage in der Cloud über das Mailprogramm und sämtliche Office-Anwendungen bis hin zu Fachverfahren – ein Mammutprojekt. Ob dieser Mut belohnt wird, wird sich in den kommenden Jahren zeigen.



Ostwestfalen-Lippe-IT

OWL IT



Ihr Partner für die digitale Transformation

Dynamische Zusammenarbeit,
aufregende Innovationen,
erstklassige IT-Lösungen
und viel Expertise.

Das ist die Ostwestfalen-Lippe-IT.

www.owl-it.de

DIGITALE SOUVERÄNITÄT GELINGT NUR IM TEAMPLAY

Digitale Souveränität – Schlagwort oder gelebte Strategie? In politischen und fachlichen Debatten wird Digitale Souveränität häufig als Abwehrhaltung verstanden – als Versuch, technologische Autarkie zu erreichen. Doch so einfach ist es nicht.

Das Thema stand auch bei der Smart Country Convention in Berlin im Mittelpunkt vieler Diskussionen – von der Cloud-Nutzung in Kommunen bis hin zur Frage, wie die Abhängigkeiten von globalen Technologiekonzernen gemanagt werden können.

Wir alle bewegen uns längst in einer global verflochtenen IT-Landschaft: Infrastruktur, Netzwerke, Plattformen, Applikationen – die meisten stammen aus Ländern außerhalb der EU, häufig von US-Anbietern. Microsoft 365 ist nur das aktuell am meisten diskutierte Beispiel – wahrscheinlich, weil es für alle so sichtbar ist. Allerdings wäre die Auswirkung einer „geostrategisch“ eingesetzten Abschaltung oder eines Missbrauchs bei M365 wohl geringer als es bei anderen Technologien, beispielsweise auf Infrastrukturebene, der Fall wäre.

Die Frage lautet also weniger: Nutzen wir Technologie aus Nicht-EU-Staaten? Sondern vielmehr: Wie bewusst nutzen wir sie, und wie sichern wir uns Handlungsfähigkeit für die Zukunft, haben wir einen „Plan B“?

PRAGMATISMUS ODER PRINZIPIENFRAGE

Bleiben wir beim Beispiel Microsoft 365. Kommunen wollen moderne Arbeitswelten gestalten, effizienter zusammenarbeiten und den steigenden Anforderungen gerecht werden. Der Freistaat Bayern etwa treibt die Nutzung voran, die Nachfrage bei den Kommunen ist hoch. Eine einfache Antwort könnte also lauten: Wir setzen um, was gebraucht wird.

>300

**AUSLÄNDERBEHÖRDEN
NUTZEN DEN EFA-DIENST
AUFENTHALT DIGITAL**

So einfach machen wir es uns aber nicht: Digitale Souveränität bedeutet für uns, die Technologien zu verstehen, ihre Grenzen zu kennen und Exit-Optionen vorzuhalten. Nur wenn wir im Falle strategischer Restriktionen weitermachen können, bleiben wir unabhängig. Das ist klassisches Business-Continuity-Management – für uns und unsere Kommunen.

WO MÜSSEN WIR DIE KONTROLLE BEHALTEN?

Zwei Ebenen sind entscheidend: Zum einen die technologische Orchestrierung. Wir müssen in der Lage sein, einzelne Komponenten auszutauschen, Schnittstellen zu gestalten und den Betrieb auch unter geänderten Bedingungen sicherzustellen. Zum anderen die öffentlich-rechtliche Handlungsfähigkeit. Besonders sensible Bereiche wie Businesslogiken und Daten gehören in öffentliche Hand. Hier gilt es, die Strukturen der öffentlich-rechtlichen IT zu stärken.



Auf der Smart Country Convention 2025:
Digitale Souveränität im Zentrum der Diskussionen.

In beide Ebenen hat die AKDB-Unternehmensgruppe stark investiert – und wird es weiterhin tun. Nicht zuletzt durch unser Engagement bei der govdigital eG stärken wir die öffentlich-rechtliche IT. Am Beispiel des EfA-Onlinedienstes „Aufenthalt Digital“ zeigt sich, wie handlungsfähig die öffentlich-rechtliche IT ist, wenn sie vertrauensvoll kooperiert. Über 300 Ausländerbehörden nutzen diesen EfA-Dienst bereits. Digitale Verwaltung kann also zentral entwickelt, betrieben und bei Bedarf lokal individualisiert werden – effizient, datensicher und föderal verankert. Genau das ist gelebte Digitale Souveränität.

OPEN SOURCE – ALLHEILMITTEL ODER BAUSTEIN?

Oft wird Open Source als Schlüssel zu Digitaler Souveränität angeführt. Das kann ein wichtiger Baustein sein, aber kein Allheilmittel. Denn entscheidender als die Offenheit des Codes ist die Fähigkeit, Technologien in öffentlich-rechtlicher Hand zu steuern, weiterzuentwickeln und einzusetzen. So entsteht echte Handlungsfähigkeit – unabhängig davon, ob die Lösung proprietär oder quelloffen ist.

WAS HEISST DAS KONKRET IM KONTEXT M365?

Die AKDB arbeitet gemeinsam mit dem Freistaat Bayern, dem IT-DLZ und dem Bayerischen Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik daran, den Einsatz von Microsoft 365 für bayerische Kommunen sicher, datenschutzkonform und zukunftsfähig zu gestalten. Wir challengen Datenschutzerklärungen, entwickeln Tenant-Einstellungen und schaffen belastbare Datenschutz-Folgenabschätzungen für die Kommunen. Auch intern gehen wir diesen Weg: Wir setzen auf M365, um effektiver und effizienter zusammenarbeiten zu können. Unser M365-Team konfiguriert die Tenants so, dass Datenschutz und Sicherheit gewährleistet sind. Gleichzeitig behalten wir mögliche Exit-Optionen im Blick.

Die Mission der AKDB lautet: „Unsere Demokratie digital und sicher gestalten.“ Das heißt: Technologien bewusst einsetzen, Handlungsfähigkeit sichern und Strukturen stärken, die in öffentlicher Hand Verantwortung tragen.



Rudolf Schleyer ist
Vorstandsvorsitzender
der AKDB.

„Digitale Souveränität bedeutet für uns, die Technologien zu verstehen, ihre Grenzen zu kennen und Exit-Optionen vorzuhalten.“

Rudolf Schleyer



WIR MACHEN DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG SMART!

Digitalisierung ist für uns mehr als Technik – sie braucht Verständnis, Erfahrung und Sicherheit. Mit praxisnahen Lösungen, verlässlicher IT und echtem Verwaltungs-Know-how begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg in die digitale Zukunft.



Besuchen Sie
uns auf:



Erfahren Sie, wie die KDO Kommunen dabei unterstützt,
Digitalisierung sicher und praxisnah umzusetzen: www.kdo.de.



BUNDSMINISTER WILDBERGER:

„DER AUSTAUSCH IST ÜBERFÄLLIG!“

Seit zwei Jahrzehnten gestaltet VITAKO die Digitalisierung der Verwaltung – kompetent, engagiert und gemeinwohlorientiert. Auf kommunaler Ebene ist das seit vielen Jahren bekannt und wird zunehmend auch von der Bundespolitik wertgeschätzt. So durfte die Bundes-Arbeitsgemeinschaft Bundesminister Dr. Karsten Wildberger zu seiner Jubiläumsveranstaltung Anfang November im Berliner Meistersaal begrüßen. Auszüge aus seiner Rede:

„Sie als kommunale IT-Dienstleister wissen, wie Verwaltungen ticken, wie Prozesse in den Kommunen funktionieren. Wir brauchen Sie, denn nur mit Ihnen kann digitale Verwaltung gelingen. Lassen Sie uns in einen konstruktiven Austausch gehen! [...] Die nächsten Jahre entscheiden, wo die Reise für Deutschland und Europa hingeht. Die Herausforderungen sind zu groß für Einzelkämpfer. Wir haben die Werkzeuge, aber wir müssen Kräfte bündeln. VITAKO tut genau das – hoffentlich auch die nächsten 20 Jahre!“



Dr. Karsten Wildberger, Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung, auf der Jubiläumsfeier zu 20 Jahren VITAKO.



DIE VERWALTUNG IM WANDEL

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN BUND, LÄNDERN UND KOMMUNEN

Für einen bürgernahen, leistungsfähigen und zukunftsfesten Staat ist die Digitalisierung der Verwaltung fundamental. Die Gründung des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung ist ein wichtiges Signal: Wir müssen endlich Tempo aufnehmen und Strukturen nachhaltig modernisieren. Dies ist allerdings nur möglich, wenn Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen.

Daher gilt mein Dank den kommunalen IT-Dienstleistern, die maßgeblich für die Umsetzung der Digitalisierung in der Fläche sind, aber auch bei der Gestaltung bereits beratend zur Seite stehen. Hierbei seien beispielhaft das Mitwirken der VITAKO in den Beiträgen der Registermodernisierung oder auch der RegMo Readiness-Check der VITAKO benannt. Doch gemeinsam müssen wir noch viel mehr erreichen, indem schlanke, digitale Verfahren, die klar, nachvollziehbar und transparent sind, etabliert werden.

DIE VERWALTUNG NEU DENKEN

Mit der Modernisierungsagenda haben wir einen ersten Aufschlag geliefert, um die Verwaltung organisatorisch, rechtlich und technisch umfassend zu erneuern. Sie ist unser Fahrplan, um die Verwaltung in den kommenden Jahren systematisch zu verschlanken, Prozesse zu vereinfachen und digitale Lösungen flächendeckend nutzbar zu machen.

Der spürbare Rückbau von Bürokratie steht im Vordergrund, um Verfahren zu entschlacken, Doppelarbeit zu vermeiden und mehr Freiräume zu schaffen.

WIR FOKUSSIEREN UNS DABEI AUF FÜNF BEREICHE:

- Wirksamer Bürokratieabbau
- Bessere Rechtsetzung
- Bürger- und unternehmenszentrierter Service
- Zukunftsfähiges Personal und strategisches Personalmanagement
- Effizientere Bundesverwaltung

Aber auch die Verbesserung der Standortattraktivität Deutschlands ist wichtig. Dies ist nur mit einer vollzugs- und digitaltauglichen Rechtssetzung möglich. Unser Ziel ist es, dass Gesetze verständlicher, digitaltauglicher und praxisnäher werden.

Zudem rückt die Servicequalität in den Vordergrund. Der Kontakt zum Staat soll sich für die Bürgerinnen und Bürger spürbar verbessern – damit staatliche Leistungen so einfach und nutzerfreundlich werden, wie wir es aus der digitalen Welt längst gewohnt sind.

Mit Blick auf die Verwaltung bedeutet Modernisierung die Weiterentwicklung der Arbeitskultur und der Umgang mit dem demografischen Wandel. Daher umfasst die Modernisierungsagenda auch Vorhaben für zukunftsfähiges Personal und ein strategisches Personalmanagement. Unsere Verwaltung braucht die Kompetenzen, die Weiterbildung und die Rahmenbedingungen, um den digitalen Wandel aktiv zu gestalten.

Damit Ressourcen zielgerichtet eingesetzt und der Bund seine Rolle als Taktgeber für die gesamte Verwaltung wahrnimmt, ist eine effiziente Bundesverwaltung maßgeblich.

Dr. Markus Richter ist
Staatssekretär im
Bundesministerium
für Digitales und
Staatsmodernisierung.



„Eine gezielte Bündelung von Verwaltungsleistungen wird Doppelstrukturen abbauen und damit eine effektive Entlastung der Kommunen herbeiführen.“

MIT BÜROKRATIERÜCKBAU DIE KOMMUNEN UNTERSTÜTZEN

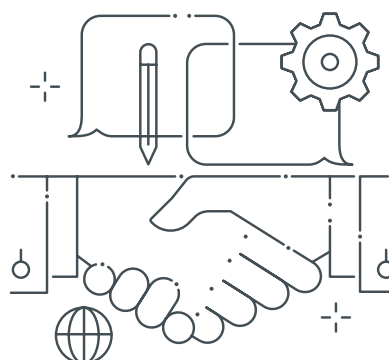
Wir werden die Aufgabenorganisation mit den Ländern und Kommunen kritisch durchleuchten. Dazu schauen wir gemeinsam, an welcher Stelle bestehende Verwaltungsprozesse Frustration auslösen und priorisieren hier Verbesserungen.

Eine gezielte Bündelung von Verwaltungsleistungen wird Doppelstrukturen abbauen und damit eine effektive Entlastung der Kommunen herbeiführen. Dafür prüfen wir zum Beispiel, welche Verwaltungsleistungen in die Vollzugsverantwortung des Bundes überführt werden können. Ziel ist es, dass sich die Kommunen stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können, da somit Personal-, Sach- und Finanzmittel verfügbar werden.

Konkret sind wir gerade dabei, Pilotprojekte in einigen Ländern zu starten. Schwerpunkt ist hierbei die Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierung vor Ort sowie eine schnellere, flächendeckende Umsetzung der Verfügbarkeit von digitalen Verwaltungsleistungen. Wir erarbeiten eine Blaupause für einen flächendeckenden Rollout für das ganze Land.

GEMEINSAM DIE DIGITALISIERUNG BEWEGEN

Der Wandel gelingt nur, wenn wir ihn konsequent gestalten. Dafür braucht es Mut, Offenheit für neue Wege und den festen Willen, Bürokratie zu verringern. Ich lade Sie alle ein, diesen Weg gemeinsam zu gehen – für einen modernen Staat, der den Menschen dient. Deshalb zähle ich darauf, dass die kommunalen IT-Dienstleister künftig die Komponenten des Deutschland-Stacks, wie auch das National-Once-Only-Technical-System (NOOTS), konsequent nutzen und offen für neue Entwicklung, wie zum Beispiel Cloud-Register (Register-as-a-Service) sind. Wir werden Deutschland nur dann grundlegend modernisieren können, wenn Bund, Länder und Kommunen zu Veränderungen bereit sind und diese gemeinsam vorantreiben.



EINDEUTIG IDENTIFIZIERT MIT AUSWEISIDENT ONLINE

Ob Hotel Check-in, Eröffnung eines Bankkontos oder digitale Antragsstellung bei Verwaltungen: Mit AusweisIDent Online identifizieren Unternehmen und Behörden ihre Kund:innen in Sekunden-schnelle auf höchstem Vertrauensniveau. Governikus bietet mit dem Identifizierungsdienst eine sichere und medienbruchfreie Lösung für eID-Prozesse in vielen Bereichen.

Mit der eID-Funktion des Personalausweises können Bürger:innen bereits seit Jahren ihre digitale Identität zweifelsfrei belegen und so Online-Services nutzen. AusweisIDent Online knüpft daran an und eröffnet auf Seiten der Unternehmen und Behörden einen leichten Weg, die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises, des elektronischen Aufenthaltstitels und der Unionsbürgerkarte in ihre Onboarding-Prozesse einzubinden und sich somit vor Betrug mit falschen Identitäten zu schützen.

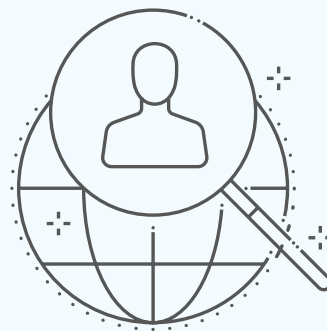
IDENTIFIKATION IN WENIGEN SEKUNDEN

Für jedes Einsatzfeld gelten andere gesetzliche Verpflichtungen, um illegale Aktivitäten wie Geldwäsche oder Wirtschaftskriminalität zu verhindern. Dazu liest AusweisIDent Online beim Identifizierungsprozess von Neukund:innen die im Ausweis hinterlegten Daten, wie zum Beispiel Name, Titel und Meldeadresse, aus. Somit gelingt Finanzinstituten zum Beispiel eine GwG-konforme Überprüfung der Identität von Personen.

In anderen Bereichen funktioniert es ähnlich: Behörden und Unternehmen binden AusweisIDent Online in ihre Apps oder Services ein, Kund:innen nutzen ihr Ausweisdokument zur Identifizierung, indem sie es an ihr Smartphone halten, geben ihre PIN ein und können auf die Dienste in wenigen Momenten von überall zugreifen. Neben den Anforderungen des Geldwäschegesetzes erfüllt AusweisIDent Online gesetzliche Vorgaben zur Identitätsprüfung wie etwa das E-Government-Gesetz (EGovG) oder das Telekommunikationsgesetz (TKG).

AUSWIRKUNGEN VON EUDI

Die Basis für das kommende EUDI-Wallet, mit der sich Bürger:innen europaweit digital identifizieren können, um Online-Services in Anspruch nehmen zu können, bildet die eID-Funktion des Personalausweises. Die digitale Brieftasche wird dann eine weitere Identifizierungsmöglichkeit für Onboarding-Prozesse sein. Wie die EUDI-Wallet bis zu ihrer Einführung aussehen wird, ist ungewiss. Aber klar ist: AusweisIDent Online bietet die nötige Vertrauenswürdigkeit und Interoperabilität für den Einsatz in europäischen eID-Ökosystemen.



MEHR DAZU UNTER

bit.ly/va04-25-governikus



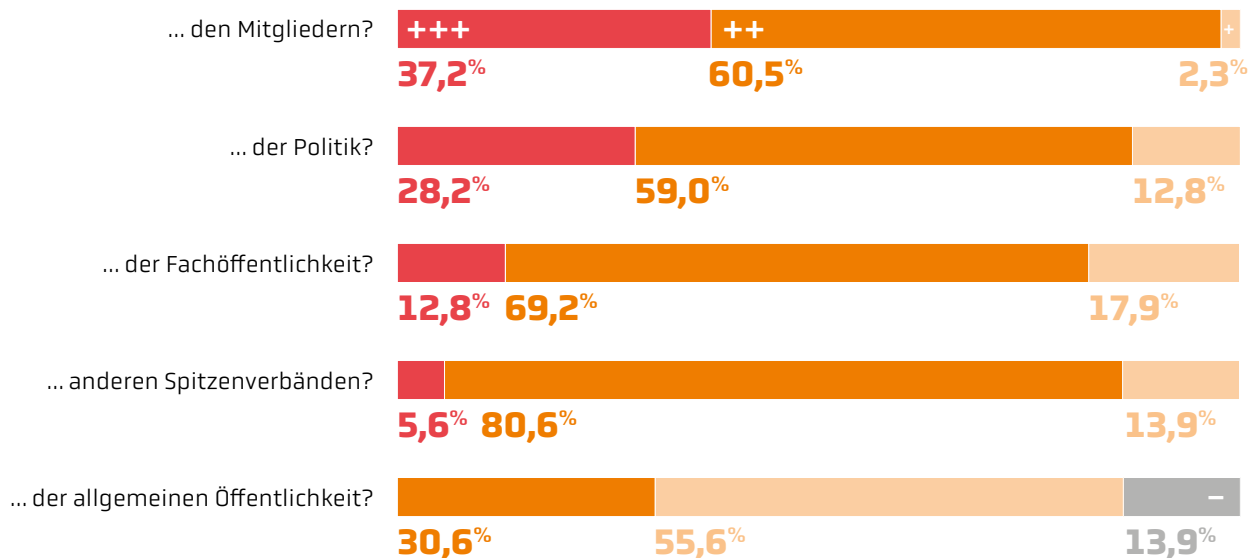
PERSPEKTIVEN DER VITAKO MITGLIEDER

VITAKO hat anlässlich des 20-jährigen Jubiläums erstmals eine umfassende Mitgliederbefragung durchgeführt. Die Beteiligung lag bei starken 70 Prozent, die Antworten kamen direkt von Vorständen, Geschäftsführinnen und Geschäftsführern sowie Amtsleiterinnen und Amtsleitern. Das Feedback gibt wichtige Impulse für die weitere Themensetzung und Entwicklung des Verbandes. Jährliche Folgebefragungen sind geplant.

Das für uns wichtigste Ergebnis: 98 der Befragten bewerten die Arbeit gegenüber den Mitgliedern als (sehr) gut. Auch die Arbeit gegenüber der Politik wird zu 87 Prozent als (sehr) gut bewertet. Diese hohe Zufriedenheit ist Bestätigung und Ansporn zugleich. Gefragt, wie wichtig

VITAKO für bestimmte Aufgaben und Funktionen ist, sagen rund drei Viertel der Befragten, dass die Arbeitsgemeinschaft als Plattform für die interkommunale Zusammenarbeit und zur Information über Trends und Entwicklungen (sehr) wichtig ist.

Wie bewerten Sie die Arbeit von VITAKO gegenüber ...





20

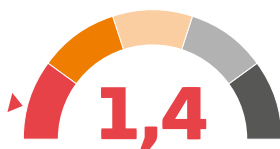
FOKUS AUF TECHNOLOGIEN

Einen Schwerpunkt haben wir bei der Befragung auf neue Technologien gelegt. Die Top-Aufgabe von VITAKO lautet, Zukunftsthemen für den kommunalen Sektor zu validieren. 95 Prozent der Mitglieder begrüßen das. Nach den konkreten digitalen Trends gefragt, steht – von Cybersicherheit als alles überragende Thema abgesehen – KI auf dem ersten Platz: 65 Prozent der Befragten sagen, KI sei besonders relevant, damit Bürgerinnen und Bürger künftig bessere digitale Angebote wahrnehmen können. Alle anderen Technologien fallen dagegen deutlich ab.

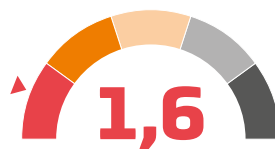
Wie stark werden folgende Themenfelder darauf einzahlen, dass Bürgerinnen und Bürger bessere digitale Angebote wahrnehmen können?



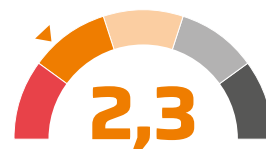
Cybersecurity



Künstliche Intelligenz



Automatisierung



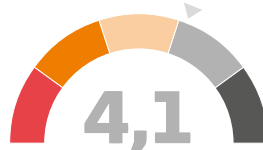
Digitale Zwillinge



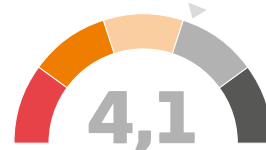
Cloud-Infrastrukturen



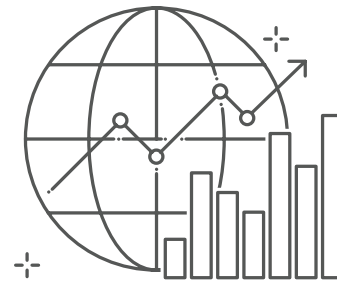
Low-Code-Plattformen



Blockchain



Quantencomputing

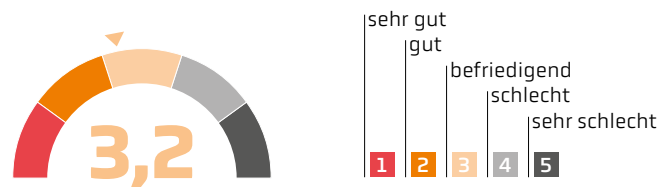


Auf der VITAKO Jubiläumsfeier (v.l.n.r.): Sören Kuhn (Vorstandsvorsitzender VITAKO), Bernd Schlömer (CIO Sachsen-Anhalt), Lars Hoppmann (geschäftsführender Vorstand VITAKO)

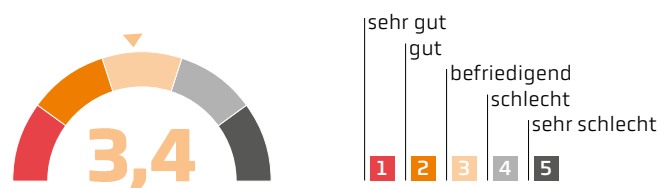
FÖDERALE KOOPERATION UND INTERFÖDERALE ZUSAMMENARBEIT VERBESSERN

Massives Verbesserungspotenzial sehen die VITAKO Mitglieder bei Kooperationen zwischen den Kommunen sowie zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Für die föderale Ebene haben die Befragten auf einer Skala 1 (sehr gut) bis 5 (sehr schlecht) im Durchschnitt eine 3,2 vergeben. Abgefragt wurden konkrete Aspekte wie der Aufbau gemeinsamer Marktplätze, die OZG-Umsetzung und Efa-Diensten. Mit einer Bewertung von 3,4 schneidet die interföderale Zusammenarbeit sogar noch etwas schlechter ab. Abgefragt wurden hier Aspekte wie die Aufgabenverteilung zwischen den Ebenen und Kenntnisse der kommunalen Rahmenbedingungen bei Bund und Ländern. VITAKO versteht diese Ergebnisse als wichtigen Arbeitsauftrag.

Wie gut funktioniert aus Ihrer Sicht die Kooperation der föderalen Ebenen?



Wie beurteilen Sie die interföderale Zusammenarbeit?

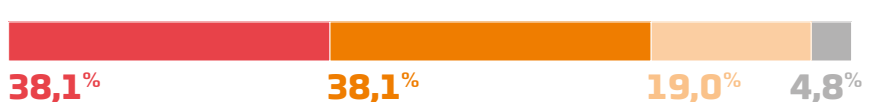


Top-3-Aufgaben, die VITAKO rund um neue Technologien wahrnehmen sollte:

Zukunftsthemen für den kommunalen Sektor validieren



Austauschformate wie Symposien organisieren



Trendmonitoring einführen



BENCHMARKING: WIEDERAUFNAHME EINES BEWÄHRTEN INSTRUMENTS

Nach einer mehrjährigen Pause wird ein bewährtes Instrument im öffentlichen IT-Sektor durch die govdigital wieder aufgegriffen: Das IT-Benchmarking soll einen strukturierten Vergleich und Austausch unter den öffentlichen IT-Dienstleistern schaffen.

Es wurde bereits von 2010 bis 2016 als Public Sector IT-Benchmarking erfolgreich durchgeführt. Über 20 öffentliche IT-Dienstleister – darunter viele VITAKO Mitglieder – konnten beim letzten Mal wertvolle Erkenntnisse und Impulse daraus gewinnen.

EIGENE POSITION IM MARKT BESTIMMEN

Die Wiederaufnahme des Benchmarkings richtet sich an Mitglieder der govdigital, der VITAKO sowie an weitere interessierte öffentliche IT-Dienstleister. Ziel ist es, die eigene Position im Markt zu bestimmen – etwa hinsichtlich Kosten und Preisen, Fähigkeiten, Organisations- und Gemeinkostenstruktur, Innovationskraft und Effizienz. Das Benchmarking soll es ermöglichen, die eigene Leistungsfähigkeit transparent darzustellen und gezielt Handlungsfelder sowie Verbesserungspotenziale zu identifizieren.

Der Auftakt für den Benchmarking-Prozess fand am 12. September statt. An einem ersten Workshop nahmen circa 25 Organisationen teil und diskutierten mögliche Themenkreise für das neue Benchmarking. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit fließen dabei ebenso ein wie aktuelle Anforderungen und Entwicklungen.

Die Workshop-Teilnehmenden waren unter anderem an folgenden Erkenntnissen interessiert:

- Referenzwerte für wesentliche Steuerungs-KPI und Wertschöpfungsbestandteile
- Transparenz durch Kennzahlen über Stärken anderer IT-Organisationen
- Vergleich des eigenen Leistungsumfangs, zum Beispiel bei Cloud-Services und Fachverfahren
- Zustandekommen von Preisbildung und Abrechnung
- Einblicke in Spezialisierungen, Zukunftsstrategien und potenziellen Marktlücken
- Kontakte und Möglichkeiten für Austausch, Netzwerk und Kooperation

In den kommenden Monaten wird das Konzept gemeinsam mit den interessierten Mitgliedern und einer externen Beratung weiter verfeinert. Ein erster Benchmarking-Zyklus ist für 2026 geplant und soll auf Basis der Zahlen von 2025 durchgeführt werden.

POTENZIALE SICHTBAR MACHEN

Das erneute Benchmarking schafft eine Plattform für Austausch, gemeinsames Lernen und kontinuierliche Weiterentwicklung. Die Teilnahme bietet die Gelegenheit, eigene Stärken und Potenziale sichtbar zu machen und wichtige Informationen für strategische Steuerung zu erhalten.



Torsten Koß
ist Vorstand der
govdigital eG.

Weitere Informationen

Wer interessiert ist, am govdigital IT-Benchmarking teilzunehmen oder sich weitere Informationen wünscht, kann sich an info@govdigital.de wenden.

EURITAS SUMMIT 2025: GEMEINSAM ANPACKEN!

Wie können Europas Verwaltungen auch in Zukunft leistungsfähig bleiben? Wie lassen sich wirklich resiliente Strukturen aufbauen? Und wie kann KI dabei unterstützen? Zu diesen Fragen haben sich die Euritas-Mitglieder auf dem diesjährigen Summit Ende September in Brüssel ausgetauscht. Die gemeinsame Antwort: Innovationen fördern, Wissen austauschen und Zusammenarbeit in der öffentlichen IT forcieren – über Ländergrenzen hinweg.

Euritas vereint inzwischen 14 Mitglieder aus 11 europäischen Ländern. Neu hinzugekommen ist Shared Services for Government aus Großbritannien. Unter dem Motto „Künstliche Intelligenz und Resilienz in der öffentlichen Verwaltung“ diskutierten die Mitglieder unter anderem mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission.



Die Euritas Mitglieder auf dem diesjährigen Summit am 25. September in Brüssel.



Prosoz-Formularlösungen

Realisieren Sie Online-Services mit
digitalem Mehrwert für Ihre Verwaltung.

- Schlüsselfertige Online-Formulare für zahlreiche Antragsanlässe
- Umfassendes Formularmanagement bis zu individueller Formularerstellung und -hosting
- Datenübernahme aus Online-Anträgen in die Prosoz-Fachverfahren inkl. begleitender Dokumente



[prosoz.de/
ende-zu-ende-digitalisierung](https://prosoz.de/ende-zu-ende-digitalisierung)

Prosoz

Digitale Transformation.
Einfach machen.



Karl-Josef Konopka,
Vorstand der
ProVitako e.G.

KOMPLETTER ITK-BEDARF AUS EINER HAND

**ProVitako ist seit Jahren bekannt für seine großvolumigen IT-Rahmenverträge wie Hardware, Software, Personaldienstleistungen, Leasing und Refurbishment, die durch Bündelung der bundesweiten kommunalen IT-Kernbedarfe entstehen. Seit November 2025 bietet die Genossenschaft ihren Mitgliedern zusätzlich mehr als eine Million ITK-Randbedarfsartikel digital im ProVi-Markt-
platz an.**

Warum die ProVitako das Angebot gerade jetzt ausweitet? Die Bundesregierung erleichtert mit ihrem aktuellen Vergabebeschleunigungsgesetz die Beschaffung massiv. Konnten öffentliche Auftraggeber in manchen Bundesländern zuvor nur für wenige Hundert Euro ITK-Produkte freihändig vergeben, wird die Wertgrenze nun signifikant erhöht und kann je nach Bundesland variieren. Das schafft deutlich mehr Effizienz gerade beim ITK-Randbedarf, der damit über klassische C-Artikel wie Kabel, Tastaturen und Mouse weit hinausgeht und nun auch höherwertige und in den Rahmenverträgen nicht abgebildete IT-Produkte wie spezielle Drucker umfassen kann.

„Als ProVitako haben wir uns mit dem ITK-Randbedarfskatalog eindeutig positioniert, um unseren Mitgliedern alle Beschaffungsarten für IT-Kern- und -Randbedarfe zur Bedarfsdeckung zu bieten, die rechtlich konform und bestenfalls digital nutzbar sind.“

Karl-Josef Konopka

te hinterlegt, sodass Angebote entsprechend den eigenen Wünschen selektiert und bestellt werden können – insbesondere für Kleinstprodukte ein herausragender Service.

ALLE ITK-PRODUKTE IM BLICK

Bereits heute erzielen die Mitglieder der ProVitako dank der Rahmenverträge für ITK-Kernprodukte Preisnachlässe in Millionenhöhe. Durch die neue und nur digital im ProVi-Marktplatz zur Verfügung gestellte Beschaffungsoption für ITK-Randprodukte eröffnet sich nun die Chance, sämtliche ITK-Produkte effizient und stets vergaberechtskonform zu beschaffen.

PROVI-MARKTPLATZ: ALLES AUS EINER HAND. UND ZWAR RECHTSSICHER.

Bestellt ein ProVitako-Mitglied über den ProVi-Marktplatz ITK-Randprodukte, muss es aus drei Angeboten eines auswählen und die Vergabe begründen – und schon ist eine vergaberechtlich notwendige Dokumentation erfolgt, die für etwaige Prüfungen dauerhaft bereitsteht. Zudem bietet ProVitako insbesondere in Hinblick auf die ESG-Scores höchsten Nutzerkomfort: Für alle im ProVi-Marktplatz gelisteten Produkte sind wichtige Zertifika-

KONTAKT

Michael Schnepfer

Bereichsleitung Kundenmanagement
& Markt-Kommunikation
Tel.: +49 2241 999 1170
kundenmanagement@provitako.de

Mathias Braun

Programmleiter „ProVi-Marktplatz“
Tel. +49 151 5844 6391
marktplatz@provitako.de

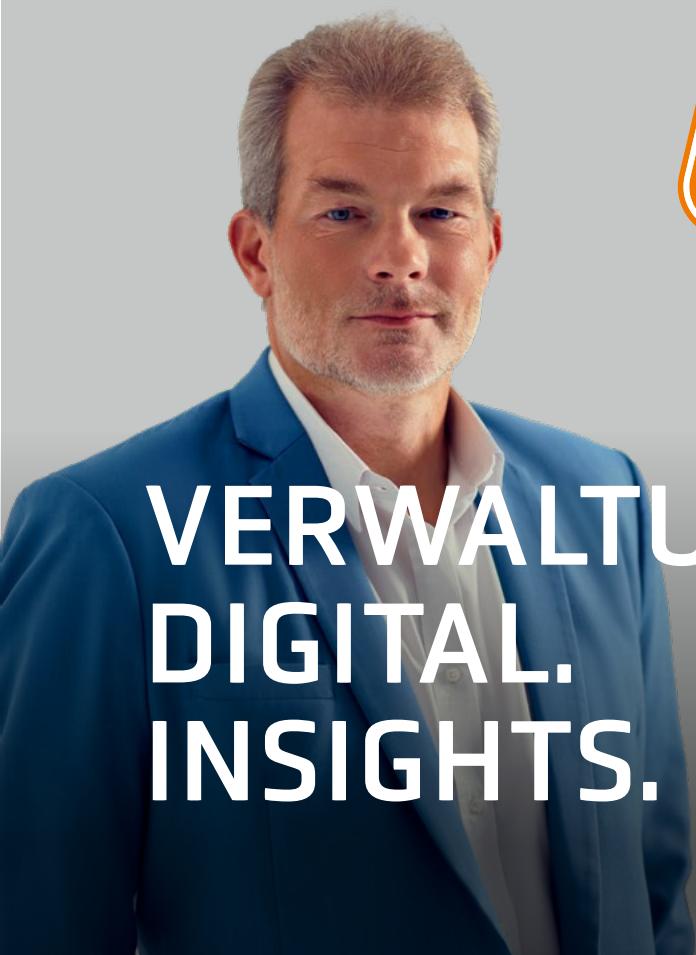
VITAKO FAMILIE AUF DER SSCON

Bereits zum zweiten Mal in Folge war VITAKO dieses Jahr institutionelle Partnerin der Smart Country Convention [SSCON]. Besondere Highlights: Lars Hoppmann, geschäftsführender Vorstand von VITAKO, zeigte gemeinsam mit Netzwerkpartnern auf der Arena Stage, warum Digitale Souveränität nur im Teampay gelingt. Am VITAKO Gemeinschaftsstand präsentierten die Mitglieder Bit Bremerhaven, Ekom21, KDN, Komm. ONE, OWL-IT und PROSOZ zudem Best-Practice-Beispiele von Low Code-Plattformen über Cloud-Lösungen bis hin zu RegMo-Pilotprojekten.

Am VITAKO Gemeinschaftsstand auf der diesjährigen Smart Country Convention [SSCON].



VITAKO



**VERWALTUNG.
DIGITAL.
INSIGHTS.**



vitako.de/podcast

DIGITALE SOUVERÄNITÄT: JETZT STRATEGIE ENTWICKELN

Das Thema Digitale Souveränität ist in den Verwaltungen angekommen. So äußern laut aktueller Befragung über 80 Prozent der kommunalen IT-Dienstleister, dass die Relevanz in den vergangenen fünf Jahren (deutlich) zugenommen hat. Weitere relevante Aussagen zu Abhängigkeit, Gefahrensituation und Lösungsoptionen.

Unter den VITAKO Mitgliedern sagen mehr als die Hälfte, dass die kommunalen Verwaltungen bei der Umsetzung digital souveräner Lösungen erst am Anfang stehen und noch ein weiter Weg zu beschreiten sei. Dabei fällt mit Blick auf einzelne IT-Leistungen die Einschätzung sehr differenziert aus: Bei Dienstleistungen wird die Abhängigkeit als gering verortet, bei Hardwareprodukten als hoch. Gefragt nach den größten Gefahren dominieren die Themen Datenabfluss und fehlende Kontrolle über die Technologie.

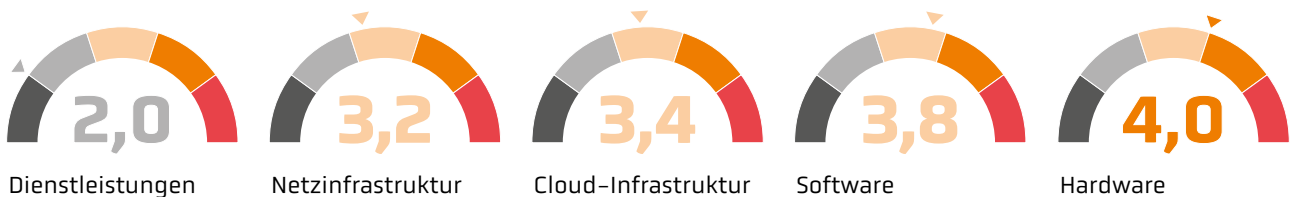
Was zu tun ist, um die Digitale Souveränität zu stärken? Etwa ein Drittel der VITAKO Mitglieder verweist auf den Ausbau der Deutschen Verwaltungscloud, gefolgt von Open-Source-Anwendungen sowie der Bevorzugung europäischer Hersteller. Dem Deutschland-Stack wird keine große Relevanz zugewiesen, nur knapp 3 Prozent der Befragten sehen die Plattform als wichtigste Maßnahme.

Die Handlungsbereitschaft der politischen Entscheider wird als eher niedrig wahrgenommen, etwa 70 Prozent bewerten sie als gering oder neutral. Umso wichtiger: Bund, Länder und Kommunen sind gefordert, eine langfristige Strategie für mehr Digitale Souveränität zu entwickeln, so die Position von über 80 Prozent der kommunalen IT-Dienstleister.

HOHE ABHÄNGIGKEIT

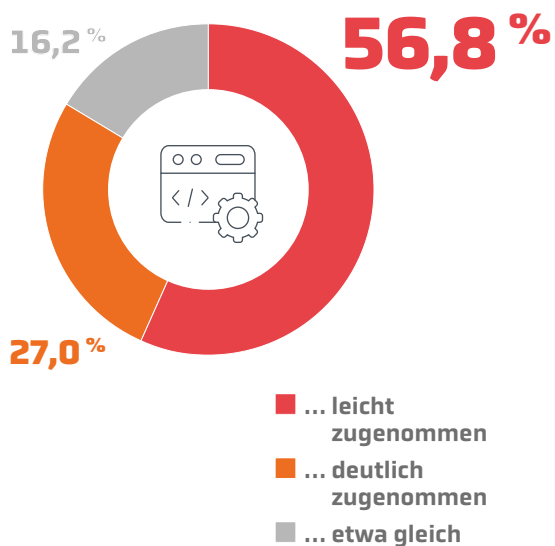
„Wie hoch schätzen Sie die Abhängigkeit von Kommunalverwaltungen für die folgenden IT-Leistungen – die nicht in der EU erbracht werden – ein?“

1 sehr gering 2 gering 3 neutral 4 hoch 5 sehr hoch



BEDEUTUNG WÄCHST

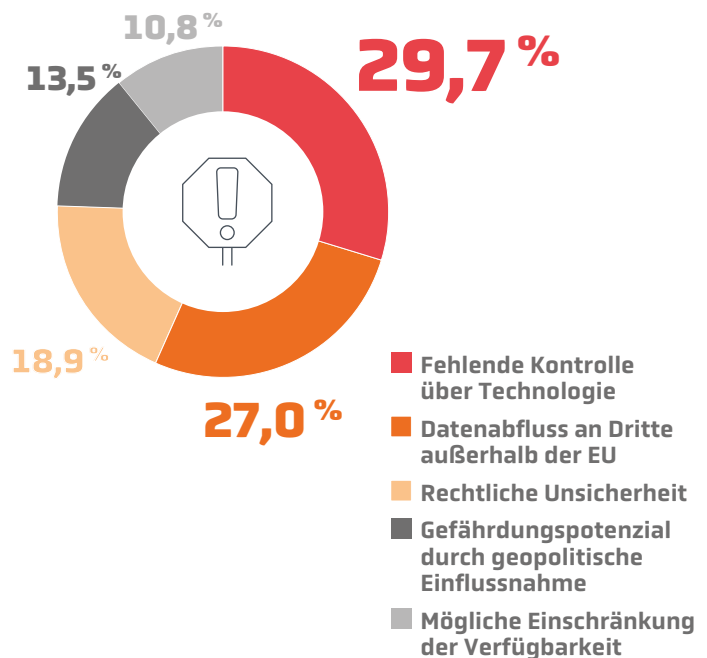
„Die Relevanz von digital souveränen Lösungen für Kommunen hat in den vergangenen 5 Jahren ...“



0,0 % ...deutlich oder leicht abgenommen

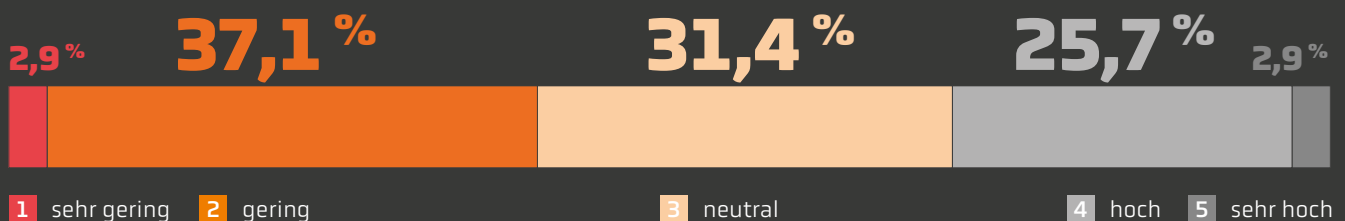
GEFÄHRDUNGSSZENARIOEN: DATENABFLUSS UND KONTROLLVERLUST

„Was ist die größte Gefahr bei der Nutzung von IT-Leistungen, die nicht in der EU erbracht werden?“



POLITISCHE HANDLUNGSBEREITSCHAFT AUSBAUFÄHIG

„Wie hoch ist die Handlungsbereitschaft der politischen Entscheider auf kommunaler Ebene beim Thema Digitale Souveränität?“





Herausgeber:

Bundes-Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen IT-Dienstleister e. V.
Charlottenstr. 65
10117 Berlin
Tel. 030/20 63 15 60
E-Mail: aktuell@vitako.de
www.vitako.de

V. i. S. d. P.: Lars Hoppmann,
geschäftsführender Vorstand von VITAKO

Redaktion, Gestaltung: Köster Kommunikation

Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Berichte auch ohne vorherige Absprache zu kürzen. Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder elektronische Verbreitung nur mit Zustimmung des Herausgebers.

Druck: Warlich Druck RheinAhr GmbH & Co. KG,
Grafschaft (Gelsdorf)

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr, Auflage: 5.000

Autoren und Mitwirkende dieser Ausgabe:

Annette Berger, Stadt Köln; Mathias Braun, ProVitako;
Lutz Hiestermann, Hiestermann & Frömchen; Lars Hoppmann, VITAKO; Karl-Josef Konopka, ProVitako;
Torsten Kolß, govdigital; Leonhard Kugler, ZenDis; Sören Kuhn, VITAKO; Aboli Lion, VITAKO; Claudia Plattner, BSI;
Dr. Markus Richter, BMDS; Tim Schlotfeldt, Dataport;
Michael Schnepfer, ProVitako; Dr. Karsten Wildberger, BMDS

Bildnachweise:

S. 3: dirk hasskarl/fotografie; S. 4: folgt; S. 7: VITAKO/
Sebastian Kiener; S. 8: BMI/Henning Schacht; S. 23:
BMDS/Henning Schacht; S. 21 VITAKO/Sera Kurc; S. 26
VITAKO/Sera Kurc; S.31 VITAKO/Sera Kurc; S. 31 VITAKO/
Sebastian Kiener

Hinweis:

VITAKO aktuell erscheint zusätzlich mit zwei Regionalausgaben: OWL-IT, Lecos. Der Vertrieb erfolgt durch das jeweilige VITAKO Mitglied.

ISSN 2194-1165

Wird innerhalb der Zeitschrift auf fremde Links oder externe Informationsangebote hingewiesen, so macht sich VITAKO diese Inhalte nicht zu eigen und kann für sie keine Haftung übernehmen.

TERMINE

25. – 26. Februar 2026, Berlin

HANDELSBLATT GOVTECH-GIPFEL 2026

live.handelsblatt.com/event/handelsblatt-govtech-gipfel

03. – 04. März 2026, Berlin

BEHÖRDENSPIEGEL – KONGRESS DIGITALER STAAT 2026

www.digitaler-staat.org

**DIE NÄCHSTE „VITAKO AKTUELL“
ERSCHEINT IM MÄRZ 2026.**

KOMMUNALE VERWALTUNG AUS EINER HAND

Cloud-Lösungen,
IT-Infrastruktur,
Cybersicherheit.

Komm.ONE – Ihre
Partnerin für die
digitale Zukunft.





Personalmanagement leicht gemacht! **Mit der HR-Komplettlösung OK.PERS+**

Personalmanagement ist mehr als Gehaltsabrechnung. Deshalb bildet unsere webbasierte HR-Lösung für den öffentlichen Dienst den gesamten Lifecycle eines Mitarbeiters ab: vom Recruiting über das Onboarding, von der Personalentwicklung bis zum Offboarding. Zeitwirtschaft, Reisekostenabrechnung und Kostencontrolling runden das Paket ab. Alles aus einer Hand.

www.akdb.de/pers

AKDB

Wir haben die Lösung